

Die Kreissparkasse Biberach in den wirtschaftlichen Turbulenzen des 19. und 20. Jahrhunderts

In diesem Aufsatz zur Geschichte der Sparkasse Biberach sollen die ökonomischen Krisen des 19. und 20. Jahrhunderts im Mittelpunkt stehen. Schwierige Situationen und Krisen in der Wirtschaft sind etwas Normales und Alltägliches. Niemand sehnt sie herbei und doch lassen sie sich nicht vermeiden – im Gegenteil. Krisen erfüllen sogar eine volkswirtschaftlich sinnvolle Funktion, wenn durch sie Verzerrungen am Markt beseitigt werden. Entscheidend für die Bedeutung eines Finanzinstitutes ist, wie es sich in diesen problematischen Zeiten gegenüber der Kundschaft verhält und ob es die Bewährungsprobe in schwachen oder rückläufigen Konjunkturen besteht. Im Folgenden soll in vier Fallstudien geschildert werden, wie die Sparkasse Biberach konkret auf Wirtschaftskrisen reagierte und wie sie sich bemühte, an der Überwindung mitzuwirken: Erstens die Auswirkungen der sogenannten Gründerkrise nach 1873, zweitens die Hyperinflation der frühen 1920er-Jahre, drittens die große Weltwirtschaftskrise nach 1929 und viertens die Phase des Wiederaufbaus nach 1945, die Anfang der 1950er-Jahre in das beginnende Wirtschaftswunder im Oberland mündete.

1. Die Gründerkrise nach 1873

Die große Gründerkrise nach 1873 berührte die Oberamtsparkasse Biberach, die am 16. Dezember 1853 ins Leben gerufen worden war, nur indirekt. Die rapide fallenden Aktienkurse und die zahlreichen Zusammenbrüche von Firmen, die – nach dem Sieg im deutsch-französischen Krieg und nach der Gründung des Deutschen Reiches – Ende 1873 eine Hochspeku-

lationsphase ablösten, konzentrierten sich vor allem auf die Großstädte und auf die Börsen des Deutschen Reiches. Im Zusammenhang mit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1871 setzte Reichskanzler Otto v. Bismarck im Bündnis mit den Liberalen zudem eine Freihandelspolitik durch, d. h. fast alle Schutzzölle wurden gestrichen. Dies setzte vor allem die deutsche Landwirtschaft unter einen erheblichen Anpassungs- und Modernisierungsdruck, weil gleichzeitig ihre Integration in die Weltwirtschaft durch die Verbesserung der Transport- und Kommunikationswege rapide voranschritt. Nach einigen Jahren stellte sich heraus, dass die Agrarwirtschaft insgesamt nicht in der Lage war, mit billigen Getreideimporten aus der Ukraine und aus Übersee zu konkurrieren. Nach massivem politischem Druck vor allem seitens der ostelbischen preußischen Junker beendete Bismarck Ende der 1870er-Jahre seine Kooperation mit den Liberalen: Schutzzölle für agrarische Produkte wurden wieder eingeführt.

Das Phänomen der fallenden Getreidepreise, hervorgerufen durch Bismarcks Freihandelspolitik, hat sich auch im Oberland und mit einer leichten Zeitverzögerung auf die Oberamtsparkasse Biberach niedergeschlagen. Dies deutet darauf hin, dass bereits in den 1870er-Jahren die ländlichen Territorien der Region zumindest in die Volkswirtschaft des Deutschen Reiches, wenn nicht sogar in den Weltmarkt weitgehend integriert waren. Deutlich sichtbar ist eine Zäsur Ende der 1870er-Jahre. Zwischen 1877 und 1879 wurde mehr Geld bei der Kasse abgehoben als eingezahlt. Erstens sank wahrscheinlich durch die billigen ausländischen Agrarimporte die Gewinnmarge der Bauern,

Tabelle 1: Übersicht über die Entwicklung der Oberamtsparkasse (in Mark)¹

Jahr	Zahl der Einleger	Guthaben der Einleger	Durchschnitt pro Konto	Reservefond
1854	937	86 989	93	---
1860	1198	169 696	142	1557
1870	1137	263 713	232	12 238
1880	1378	379 126	275	33 181
1890	3319	983 225	296	61 036
1900	4596	2 042 704	444	102 777
1905	6889	4 167 764	605	173 050
1910	9054	6 920 673	764	235 800
1913	10 631	8 459 588	796	276 451
1918	16 267	16 737 607	1029	682 513

und zweitens wurde alles verfügbare Kapital in die Modernisierung der Landwirtschaft investiert – zum Sparen blieb nichts übrig. 1879 musste die Sparkasse statt der bisherigen doppelten Sicherheiten sogar eine dreifache für Hypotheken fordern, weil die Preise für agrarische Produkte wegen der wachsenden ausländischen Konkurrenz sanken. Befürchtet wurde als Folge davon eine Verminderung des Wertes der Sicherheiten.

Dieser kurze Einbruch bei den Sparanlagen und die rigiden Bestimmungen, die die Sicherheit der Hypothekenkredite betrafen, haben – wie Tabelle 1 zeigt – jedoch keinen Einfluss auf die langfristige Entwicklung der Oberamtssparkasse Biberach ausgeübt. Deutlich sichtbar ist nach dem kurzen Konjunkturereinbruch Ende der 1870er-Jahre ein rapides und streckenweise sprunghaftes Wachstum der Spareinlagen seit den frühen 1880er-Jahren. Dies deutet darauf hin, dass die Sparkasse einem starken Bedürfnis in der Region entgegenkam, weil eine deutlich wachsende Zahl von Personen nach Möglichkeiten suchte, ihr Geld sicher anzulegen. Der Kreis Biberach war zwar insgesamt agrarisch geprägt, aber in der Stadt Biberach selbst griff seit der Mitte des Jahrhunderts der traditionsbewusste Stand von Händlern und Handwerkern die neuen Technologien des Industriezeitalters auf. Um 1900 existierten bereits mindestens zehn Fabriken, die über 50 Arbeiter beschäftigten, und daneben bestand eine umfangreiche Kleinindustrie (Textilien, Werkzeugherstellung, chemische und pharmazeutische Produkte, Sägewerke und feinmechanische Produkte). Die scheinbar hohen Summen in Tabelle 1 für das Jahr 1918, also dem Ende des Ersten Weltkrieges, spiegeln allerdings nicht die reale Entwicklung wider, sondern reflektieren erstens die beginnende Inflation und zweitens das Problem, dass während des Ersten Weltkrieges eine hohe Geldflüssigkeit bei gleichzeitigem Mangel an Waren und Konsumgütern bestand.

Vor 1914 sammelte die Sparkasse im großen Stil Spargelder gerade auch aus den ärmeren Bevölkerungsschichten ein. Junge Tagelöhner, Knechte und Mägde brachten eine enorme Spardisziplin auf und legten oft über ein Jahresgehalt auf einem Sparbuch zurück. Frauen wollten vor allem eine Aussteuer oder Mitgift ansparen, und auf dem Lande fehlten Konsumgüter. Generell aber nahm die Sparkasse eine weitere volkswirtschaftliche Funktion, die erst seit der Mitte der Weimarer Republik selbstverständlich geworden ist, nur unvollkommen wahr: Die Sparkasse

trug zwar zur Kapitalbildung bei, durfte aber die eingesammelten Gelder wegen der sehr strengen staatlichen Vorschriften, die auf absolute Sicherheit abzielten, kaum in neue und produktive Investitionen weiterleiten. Versuche der Sparkassen, ihren Geschäftsbe- reich zu erweitern, stießen vor dem Ersten Weltkrieg auf massiven Widerstand der Banken und eines Teiles der Staatsbürokratie. Erst 1908 wurde z. B. den preußischen Sparkassen gesetzlich die passive Scheckfähigkeit zugestanden.² Ein Konzept von Mittelstandsförderung existierte nicht. Geld durfte nur gegen sichere Pfänder zu Zinsen zwischen 4,5 und 5 % verliehen werden, d. h. die Sparkasse konnte nur Hypothekenkredite gegen sehr hohe Sicherheiten vergeben. Die Namen zahlreicher Schuldner sind überliefert, die außerhalb des Oberamtsbezirkes wohnten. Dies deutet darauf hin, dass innerhalb des Bezirks gar nicht genügend Personen anwesend waren, die Hypothekenkredite zu diesen Bedingungen abschließen konnten oder wollten. Da die Sparkasse ansonsten keine Geschäfte machen durfte, war sie aber auch fast vollständig gegen konjunkturelle Schwankungen gefeit. Der kurze Konjunkturereinbruch von 1900/01, der mehrere deutsche Banken in Mitleidenschaft zog, berührte die Oberamtssparkasse Biberach überhaupt nicht.

Erst seit der Mitte der 1880er-Jahre erweiterte die Sparkasse Biberach langsam und vorsichtig ihr Geschäftsfeld. Sie gründete 1884 eine Pfennig-Sparkasse, um auch den untersten Schichten, besonders Dienstboten und Arbeitern, die Möglichkeit zu geben, kleine Beträge zu sparen. Sparmarken zu 10 Pfennigen wurden verkauft.³ Um Einlagen, die nicht produktiv angelegt werden konnten, auf andere Kassen zu übertragen, trat die Sparkasse dem württembergischen Sparkassenverband bei. 1882 wurden zum ersten Mal Obligationen des württembergischen Staates gekauft, um die überflüssigen Mittel zinstragend anzulegen. Seit 1885 wurde dies zur gängigen Praxis. Dadurch konnten nun Spargelder in beliebiger Höhe angenommen werden.

Der Zinssatz von 3,5 %, der für Spareinlagen gewährt wurde, war auch deshalb sehr hoch, weil das Deutsche Reich 1875 zur Goldwährung übergegangen war, d. h. seitdem keine nennenswerte Inflation mehr existierte. Die Reichsbank verfolgte zwischen 1875 und 1914 im Prinzip eine absolute Währungsstabilitätspolitik und nahm zeitweise sogar deflationäre Tendenzen in Kauf. Trotz dieser restriktiven Geld-

politik wandelte sich das Deutsche Reich innerhalb weniger Jahrzehnte von einem vorwiegend agrarisch dominierten Land hin zum modernsten Industriestaat Europas.

2. Die Hyperinflation der frühen 1920er-Jahre

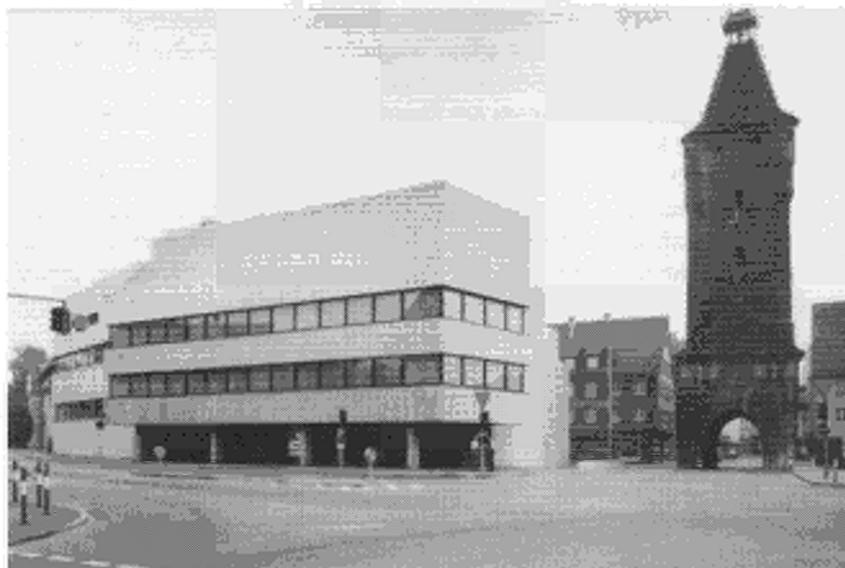
Ganz anders sieht das Bild aus, wenn die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg betrachtet wird. Die große Inflationskrise, die bereits 1916 verdeckt begann und 1923 ihren Höhepunkt erreichte, hat mehrere Generationen von Deutschen nachhaltig traumatisiert. Die Inflation begann bereits im Ersten Weltkrieg. Ihre Gefahren wurden aber kaum erkannt, weil auch hochrangige Fachleute sie für eine vorübergehende kriegsbedingte Anomalie hielten, die nach dem Kriegsende von selbst wieder aufhören würde. Außerdem herrschte die allgemeine Stimmung vor, dass nach dem erwarteten Sieg die Kriegsgegner alle deutschen Kriegskosten bezahlen würden. Es kam jedoch bekanntlich anders, und auf die Hybris folgte im Herbst 1918 der Fall.

Im Ersten Weltkrieg fand eine grundsätzliche Umschichtung des Geschäftsverkehrs bei allen Geldinstituten statt. Einerseits kam mit der zivilen Produktion auch der zivile Zahlungsverkehr weitgehend zum Erliegen. Dies traf aber vorwiegend die Geschäftsbanken und nicht die Sparkassen, weil diese in diesem Sektor ohnehin nicht involviert waren. Andererseits musste ein großer Teil der Mittel in Kriegsanleihen des Deutschen Reiches angelegt werden oder wurde auf anderen Wegen für die deutsche Kriegsfinanzierung herangezogen. Schon kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs



4 Mal Kreissparkasse Biberach: 1853, 1901, 1936 und 1973.

ges hatte die Reichsbank durch mehrere Maßnahmen versucht, die finanzielle Kriegsbereitschaft des Deutschen Reiches zu stärken. Am 30. Juni 1914 beschloss der Biberacher Bezirksrat auf Wunsch der Reichsbank, den gesamten Bestand der Oberamtssparkasse an Inhaberpapieren bei der Reichsbank gegen Pfandschein zu hinterlegen und durch Aufnahme eines Lombarddarlehens von 500 Mark in ein Schuldverhältnis zur Reichsbank zu treten. Damit sollte die finanzielle Kriegsbereitschaft der Sparkasse gestärkt werden.⁴ Vorbeugend kaufte die Sparkasse ferner bereits direkt nach Kriegsausbruch für 50 000 Mark deutsche Kriegsanleihen. Patriotische Gefühle mögen



1918 waren vor allem die privaten Anleger, nicht so sehr die Banken und Sparkassen. Leider sind im Archiv der Sparkasse Biberach keine Unterlagen hierüber mehr vorhanden, aber wahrscheinlich hat die Kasse – wie fast alle anderen Banken und Sparkassen auch – versucht, diejenigen verlustbringenden Papiere, die noch in ihrem eigenen Besitz waren, zumindest teilweise abzustößen. Vor allem in den USA, aber auch im ehemals feindlichen europäischen Ausland existierte eine breite Schicht von Spekulanten, die bis zum Mai 1921 deutsche Kriegsanleihen aufkaufte. Diese Anleger glaubten, die deutschen staatlichen Wertpapiere seien unterbewertet und wären eine zwar spekulative, aber langfristig lukrative Anlage, wenn sich die deutsche Währung stabilisiert hätte. Diese Einschätzung erwies sich als falsch: Die Hyperinflation von 1922/23 vernichtete den Wert dieser Papiere vollständig und reduzierte die gesamten astronomischen deutschen direkten Kriegsschulden von fast 160 Mrd. Mark auf einen Gegenwert von unter 2 Goldmark. In den Worten des Schriftstellers Erich Maria Remarque: Der Staat wurde seine Schulden los, verlor dabei aber auch sein Volk, das nicht auf Wechsel kaufen konnte und größtenteils ruiniert wurde.⁵

eine Rolle gespielt haben, aber wahrscheinlich war der Ausleihkommission bewusst, dass die Mittel früher oder später ohnehin einer staatlichen Kontrolle unterworfen werden würden. Faktisch zog der Staat in den folgenden Jahren die Spargelder zur Kriegsfinanzierung heran, ohne dass dies der Kundschaft bewusst wurde.

Bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit sank der Wert der Kriegsanleihen kontinuierlich ab. Insgesamt waren allein in Biberach vom Publikum Kriegsanleihen in der beachtlichen Höhe von 50 Mill. Mark gekauft worden. Leidtragende der Entwertung nach

Die Revolution von 1918/19 verlief in Biberach ruhig: Die Bevölkerung stellte sich fast durchweg hinter die neue Regierung, auch wenn – wie überall in Württemberg – eine sentimentale Anhänglichkeit an das alte Königshaus blieb. Allerdings bestanden in Biberach latent erhebliche soziale Konflikte, weil die

Die Revolution von 1918/19 verlief in Biberach ruhig: Die Bevölkerung stellte sich fast durchweg hinter die neue Regierung, auch wenn – wie überall in Württemberg – eine sentimentale Anhänglichkeit an das alte Königshaus blieb. Allerdings bestanden in Biberach latent erhebliche soziale Konflikte, weil die

Unterschichten und die Arbeiter hart von den materiellen Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit getroffen worden waren. Diebstähle aller Art häuften sich und der Gemeinderat wurde der steigenden Arbeitslosigkeit und sozialen Unzufriedenheit nach 1921 kaum noch Herr. Höhepunkt dieser Konflikte war der sogenannte Marktkrawall vom 19. September 1923, als einige hundert Arbeiter gegen die unerträglichen Lebensbedingungen in der Hyperinflation demonstrierten, der Umzug aber außer Kontrolle geriet und offenbar auch einige Marktstände geplündert wurden. Die bürgerliche Presse betrachtete dies als kommunistischen Aufruhr, doch handelte es sich aus heutiger Perspektive eher um einen Hungerprotest, wie er für die Schlussphase der Inflation auch in anderen Städten typisch war.

Für die Sparkasse Biberach ging in der Inflation der Wertverlust der Einlagen Hand in Hand mit einer erheblichen Ausdehnung des Geschäftsbetriebes. 1919 wurde der Spargiro- und Scheckverkehr eingeführt, und die Sparkasse schloss sich dem Württembergischen Giroverband an. Auch wurden zunehmend Wertpapiere in Verwahrung genommen und für Kunden verwaltet. Diese Tätigkeit, die ursprünglich aus dem Verkauf der Kriegsanleihen seit 1914 resultierte, musste auf drängenden Wunsch der Kundschaft erweitert werden: Ein mittelständischer Kunde, der seine Ersparnisse bei der Kasse angelegt hatte, erwartete, dass sie auch weitere Zahlungsgeschäfte für ihn erledigte.⁶

Deshalb nahm in den 1920er-Jahren die Sparkasse Biberach zunehmend typische Bankgeschäfte in ihr Aufgabengebiet auf. Dies wurde dadurch ermöglicht, dass 1921 alle gesetzlichen Begrenzungen für das Depositengeschäft beseitigt wurden. Seit 1924 übernahm die Sparkasse Girokredite, 1925 wurden Wech-

selkredite übernommen und das Agenturnetz bis 1928 auf insgesamt 29 Agenturen im Oberamtsbezirk ausgedehnt. Das Wechselgeschäft wurde durch die Einlagen der Girokunden finanziert. Damit im Zusammenhang entwickelte die Sparkasse zum ersten Mal eine eigenständige Strategie zur Förderung des Mittelstandes, die in Verbindung mit staatlichen Programmen umgesetzt wurde. Systematisch wurde für Einlagen geworben.⁷ Die meisten deutschen Sparkassen hätten ohne die Erweiterung ihres Geschäftsverkehrs allein mit den Erträgen aus den Spareinlagen die schwierigen Jahre der Weimarer Republik nicht überstehen können, weil auch die Verwaltungskosten deutlich anstiegen. Faktisch wandelten sich die Sparkassen von Sparanstalten, die einen sozial bestimmten Auftrag verfolgten, zu öffentlichen Kreditinstituten, die ähnlich wie Banken agierten, ohne allerdings das Spargeschäft für die ärmeren Bevölkerungsschichten einzustellen.

Vor allem wagte sich die Sparkasse Biberach an größere industrielle Projekte in der Region heran: Auf Wunsch der Gemeinden wurden dem Bezirksverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke für den Bau des Iller-Kraftwerkes in Tannheim große Kredite gewährt. Ferner wurde der Amtskörperschaft Biberach ein Darlehen zur Verfügung gestellt, mit dem der Grund für den Bau einer Bahn Biberach-Uttenweiler erworben wurde, die später allerdings nicht gebaut wurde. Bereits am 25. September 1924 drängte die Amtsversammlung weiter darauf, dass die Gelder der Sparkasse in erster Linie zur Unterstützung der Bezirksangehörigen, der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Gemeinden Verwendung finden sollten.⁸ Deshalb vergab die Sparkasse ab 1925 verbilligte Darlehen für den Neubau oder für die Instandsetzung von Wohnhäusern und beteiligte sich an einem staatlichen Mit-

Tabelle 2: Struktur der Spareinlagen (jeweils zum Jahresende):⁹

Sparbücher im Umlauf:	1920	1929	1930	1931	1933
Einlagen bis 500 M.:	8289	6465	7789	9017	10412
501 bis 1000 M.:	2760	1386	1789	1641	1749
1001 bis 3000 M.:	2674	1387	1864	1742	1864
3001 bis 5000 M.:	2224	245	361	345	415
5001 bis 10 000 M.:	1471	80	156	159	181
10 001 bis 20 000 M.:	418	10	22	23	?
über 20 000 M.:	425	4	7	5	?

telstandsprogramm. Diese Kredite, die auf den ersten Blick vernünftig fundiert waren und der Region zugute kamen, sollten in der Weltwirtschaftskrise nach 1930 jedoch für erhebliche Probleme sorgen: Kurzfristig kündbare Mittel waren langfristig vergeben worden.

Diesen verstärkten und zielgerichteten Aktivitäten stand allerdings die sprunghaft verlaufende Inflation der frühen 1920er-Jahre gegenüber. Die meisten Historiker sind sich heute weitgehend darüber einig, dass es unmittelbar nach dem Kriegsende keine Alternative zu einer inflationären Geldpolitik gegeben hätte, weil nur auf diese Weise die enormen sozialen und politischen Probleme der Nachkriegszeit zu meistern waren. Die instabile Weimarer Demokratie hätte direkt nach dem Ende des Ersten Weltkrieges einen rigorosen Stabilitätskurs mit Sicherheit nicht überstanden. Trotz der Niederlage verlief in keinem anderen europäischen Land die Demobilisierung der Armee und die Rüstungskonversion, also die Umstellung der Kriegsindustrie auf die Friedensproduktion, schneller und erfolgreicher als in Deutschland. 1920 wurde Deutschland – der Meinung des Berliner Inflationsspezialisten C. L. Holtfreich zufolge – dank der Inflation sogar zur Konjunkturlokomotive der Weltwirtschaft, die in eine schwere Rezession zu versinken drohte.¹⁰ Ziemlich genau datierbar auf den Mai 1921 und vor allem ab dem Juni 1922 lief die Inflation aber aus dem Ruder, und im November 1922 – schon kurz bevor die Franzosen das Ruhrgebiet besetzten – kollabierte die Währung vollständig.

Bereits die Bilanz der Sparkasse Biberach für 1922 ist wenig aussagekräftig, da die aufgeblähten Zahlen kaum noch etwas über das reale wirtschaftliche Geschehen aussagen. Die Bilanz für 1923 zeigt schließlich, in welchem Maße die Hyperinflation die gesamte Wirtschaft lahm gelegt hatte. Die Sparkasse war nicht mehr in der Lage, irgendwelche Zahlen vorzulegen. Dies bedeutet für ein Unternehmen den ökonomischen *worst case*, weil es selbst nicht mehr feststellen konnte, ob es mit Gewinn oder Verlust arbeitete oder wo ökonomische Potentiale vorhanden waren. Zwar existieren im Archiv der Sparkasse einige Zahlen und Statistiken für 1923, doch ist die Aussagekraft so gering, dass man sie nicht verwenden kann. Die Spareinlagen wurden vollständig vernichtet. Die Verluste betragen umgerechnet in Biberach 9,6 Mill. und in Laupheim 8,5 Mill. Goldmark.

Der Hamburger Bankier Max Warburg hat im Rückblick auf die Inflation vermerkt, er habe fast täglich neues Personal einstellen müssen, das nichts weiter zu tun hatte, als Nullen zu schreiben. Ganz so dramatisch wie bei dieser internationalen Bank war die Lage in Biberach nicht, aber auch hier wurden besonders Rentner und Pensionäre hart von der Inflation getroffen. Bereits im Winter 1921 wandten sich Ruheständler an die Sparkasse mit der Bitte, ihnen einen Nebenverdienst zu verschaffen. Die Oberamtssparkasse war dazu bereit, doch lehnte der Bezirksrat ab, weil die Konsequenzen nicht zu überschauen waren.¹¹ Ohnehin verfolgte der Gemeinderat einen strikten Sparkurs und war kaum in der Lage, diesen sozial abzufedern.

Ferner ging in der Inflation die Pfennigsparkasse zugrunde.¹² Die Sparvereinsstiftung, die seit 1853 bei der Oberamtssparkasse verwaltet wurde und deren Zinsen mittellosen und „würdigen“ Zöglingen der Gewerblichen Fortbildungsschule Biberach eine Ausbildung ermöglichen sollte, wurde ebenfalls vernichtet. Vor dem Krieg hatten die Zinsen etwa 80 Mark jährlich erbracht, so dass manch einem Bauernsohn aus mittellosen Verhältnissen eine solide handwerkliche Ausbildung ermöglicht wurde. Nach dem Ende der Inflation wurde die Stiftung auf Antrag des Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Landrat Risch, mit 10 000 Mark wiederhergestellt, damit die Zweckbestimmung und auch das Andenken an die verdienten Männer, die seinerzeit den Sparverein ins Leben gerufen hatten, für alle Zukunft gewahrt bliebe.¹³

Die Sparkasse war im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereit, ihrer Kleinkundschaft pragmatisch unter die Arme zu greifen. Als Mitte der 1920er-Jahre vom Reichstag die Aufwertung von Guthaben, die in der Inflation vernichtet worden waren, beschlossen wurde, zahlte sie sofort in eigener Regie Vorschüsse von bis zu 50 RM an Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und unverschuldet in Not geratene Menschen aus: 760 Personen erhielten noch vor Weihnachten 1926 insgesamt 31 000 RM, obwohl die aufgewerteten Spareinlagen erst ab dem Januar 1932 hätten ausgezahlt werden müssen.¹⁴ In dringenden Fällen wurden auch höhere Guthaben ausgezahlt und ab 1929 strebte die Sparkasse an, alle Kleinguthaben ohne Rücksicht auf die Frage der Bedürftigkeit zur Ablösung zu bringen. Dies stellte einerseits ein Geschenk an die Einleger dar, weil die Sparkasse erst ab 1932 die entsprechenden staat-

lichen Gegenleistungen erhalten konnte. Andererseits erwiesen sich die Verwaltungskosten für die kleinen Guthaben als verhältnismäßig teuer, so dass der Aufwand sich ausglich. Ferner wurde intern hervorgehoben, dass dieses Entgegenkommen besser als jedes andere Werbemittel die Sparkasse besonders den alten Einlegern empfehlen würde.¹⁵ Der Spargedanke hatte durch die Hyperinflation gelitten. Deshalb stellte die Oberamtssparkasse Laupheim Ende der 1920er-Jahre in 32 Gemeinden vor allem Lehrer und einige Postbedienstete als Ortssparpfleger an, die unter den Schülern und in der Bevölkerung für den Spargedanken werben sollten. Ursprünglich erhielten diese eine Vergütung von 1 %, doch musste die Prämie auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise im Sommer 1932 auf 0,5 % gesenkt werden.¹⁶

Die Tabelle zeigt, dass die Sparkasse vor allem ein Institut der kleinen Leute blieb. Die Zahlen zeigen aber auch, in welchem Ausmaß während der Inflation Vermögen vernichtet worden waren, die nur langsam wieder aufgebaut werden konnten. Der Weimarer Republik waren nur wenige ökonomisch stabile Jahre beschieden. In der großen Weltwirtschaftskrise, die ab 1930 das Deutsche Reich traf, zeigte sich erneut ein verändertes Sparverhalten.

3. Die große Weltwirtschaftskrise nach 1929

1929 brach am sogenannten „Schwarzen Freitag“ in der New Yorker Wall Street die Börse zusammen. Der Kurseinbruch selbst war nicht so dramatisch, wie er häufig dargestellt wird. Er wirkte sich aber deshalb so verheerend aus, weil die Struktur der gesamten Weltwirtschaft verzerrt war: Es war in dem Jahrzehnt nach 1918 nicht gelungen, die langfristigen ökonomischen Folgen des Ersten Weltkrieges multilateral in den Griff zu bekommen. Innerhalb weniger Monate zog der Börsen*crash* die gesamte Weltwirtschaft mit sich. Vorsichtig sprach der Geschäftsbericht der Sparkasse Biberach für das Jahr 1929 davon, dass das zurückliegende Rechnungsjahr den Erwartungen nicht ganz entsprochen habe. Die Leitung der Sparkasse sah vor allem politische Gründe für die Einbrüche in der Weltwirtschaft, durch die das Publikum beunruhigt würde. „Die Ängstlichen ziehen dann ihr Geld zurück, die Vorsichtigen behalten es im Kasten und die Klugen bringen es im Ausland unter oder legen es in Sachwerten an.“ Resultat sei eine Geldverknappung, die sich nach allen Seiten hin auswirke.

Obwohl es ein paar Monate gegeben habe, von denen man sagen musste „sie gefallen mir nicht“, verbreitete die Sparkasse Zweckoptimismus.¹⁷

Seit 1930 machten sich die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Deutschland mit voller Wucht bemerkbar. Die Regierung unter Reichskanzler Heinrich Brüning reagierte mit einer Strategie, die heute viele Wirtschaftshistoriker für falsch halten, auch wenn die ökonomischen Handlungsspielräume des Staates sehr eng begrenzt waren. Brüning setzte bewusst mit einem Primat der Außenpolitik auf eine Verschärfung der Krise, um die Reparationen des Versailler Vertrages loszuwerden, und ging zu einer konsequenten Deflationspolitik über. Die Regierung stützte die Währung um jeden Preis, senkte die ohnehin unzureichenden Sozialleistungen dramatisch ab, nahm die rapide wachsende Massenarbeitslosigkeit in Kauf und versuchte mit Notverordnungen einen funktionierenden Markt zu simulieren. Mit Eilgesetzen wurden Löhne und Preise abgesenkt, um sie den sinkenden Wirtschaftsdaten anzupassen. Die Folge war eine schwere Deflationskrise – erneut mit verheerenden Folgen für die ärmeren Bevölkerungsschichten.

Ab dem 13. Juli 1931 begann schließlich die gesamte deutsche Finanzwirtschaft zu kollabieren. Die Danat-Bank in Berlin war eigentlich ein solides fundiertes Institut, hatte aber einige riskante Geschäfte getätigt und geriet als erstes ins Wanken, weil Großkredite notleidend wurden. Dieser Bankrott drohte die übrigen deutschen Großbanken mit sich zu ziehen und löste einen allgemeinen Run auf alle Sparkassen und Banken aus. Die Regierung musste einen Tag später (14. und 15. Juli) mit einer Notverordnung alle Geldinstitute schließen. Die ebenfalls bankrotte Dresdner Bank wurde faktisch verstaatlicht. Erst am 8. August nahmen die Sparkassen wieder einen regulären Zahlungsverkehr auf.

Mehrere Eilgesetze der Regierung griffen tief in die Struktur der Sparkassen ein. Eine Notverordnung vom 5. August 1931 bestimmte, dass Sparkassen bis auf weiteres überhaupt keine Kommunalkredite mehr vergeben durften. Der Hintergrund bestand darin, dass die Kommunen – auch im Oberamt Biberach – während der gesamten 1920er-Jahre im großen Stil langfristige Kredite von den Sparkassen in Anspruch genommen hatten, um überfällige Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren, die aus den laufenden Steuermitteln nicht hätten bezahlt werden können. Damit war eine typische verhängnisvolle Struktur entstan-

den, die sich in der Weltwirtschaftskrise verheerend auswirkte: Kurzfristig kündbare Mittel waren im großen Stil langfristig angelegt worden und konnten nicht schnell mobilisiert werden. Eine weitere Notverordnung vom 6. Oktober 1931 verwandelte die Sparkassen in Anstalten des öffentlichen Rechtes mit eigenem Vermögen, um den Einfluss der Gemeinden auf die finanziellen Transaktionen zurückzudrängen. Diese Reform erwies sich als unumgänglich, weil die Sparkassen als bis dahin unselbständige Anstalten der Amtskörperschaften gleichzeitig zu bedeutenden regionalen Geldinstituten herangewachsen waren. Ein siebenköpfiger Verwaltungsrat mit dem Oberamtmann (Landrat) als Vorsitzendem übernahm die Amtsverwaltung.

Einige Monate vergingen, bis diese Notverordnungen, die sofort in Kraft traten, in Württemberg in Gesetze umgesetzt werden konnten. Oberamts- und Gemeindeparkassen wurden nach einer Vollzugsverordnung des Innenministeriums vom 5. Mai 1932 in Anstalten des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit umgeformt. Amtskörperschaften und Gemeinden waren nicht mehr die Träger der Sparkassen, hafteten aber weiter unbegrenzt für alle Verbindlichkeiten. Investitionen wurden strikt reguliert: 30 % der Sparanlagen und 50 % der sonstigen Einlagen *müssen* in flüssigen Werten angelegt werden. Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften durften 25 % der Einlagen nicht übersteigen, höchstens 40 % der Spareinlagen durften in Hypotheken angelegt werden. Diese Regelungen sollten das Sparkapital weitestgehend schützen und für eine möglichst flüssige Anlage der Mittel sorgen.¹⁸

Die Einlagen bei den württembergischen Sparkassen stagnierten nach 1930. Allerdings zeigt die Zusammensetzung ein interessantes Bild, das auf eine Umschichtung der Guthaben hindeutet: Giroguthaben und Depositen nahmen drastisch ab. Demgegenüber stiegen die Spareinlagen jedoch deutlich an. Stellt man Ein- und Auszahlungen gegenüber, so blieb selbst in den Krisenjahren 1931 und 1932 ein leichter Zuwachs, der allerdings gegenüber den teilweise sehr hohen Quoten der Vorjahre gering war: 1928 = 35 %, 1929 = 33 %, 1930 = 19 %, 1931 = 4 %, 1932 = 4 %, 1933 = 12 %.¹⁹ 1930 war wahrscheinlich jeder dritte Bewohner des Oberamts Biberach Kunde bei der Sparkasse.

Wie lassen sich diese Zahlen interpretieren? Die bis 1929 sehr hohen Zuwachsraten deuten darauf

hin, dass nach dem Ende der Hyperinflation langsam das Vertrauen in die Stabilität der Währung zurückkehrte und Gelder, die zuvor in den ländlichen Regionen buchstäblich im Sparstrumpf gelagert wurden, wieder auf Konten eingezahlt wurden. In der ersten Phase der Deflationskrise vor dem Zusammenbruch der Berliner Banken kamen kaum neue Gelder von Kleinsparern hinzu, aber die vorhandenen wurden umgeschichtet: Wer von Arbeitslosigkeit betroffen war, hob wahrscheinlich sein Geld ab und griff die Reserven an; aber offenbar wurde die ländliche Bevölkerung im Oberland nicht so in Mitleidenschaft gezogen wie diejenige der deutschen Großstädte. Trotz der sinkenden Preise wurde kaum investiert. Stattdessen wurde offenbar versucht, wenigstens die in dieser Zeit sehr hohen Zinsen auf den Sparbüchern zu nutzen. Ferner kam nach dem Zusammenbruch der Berliner Großbanken den Sparkassen die staatlich-kommunale Gewährsträgerhaftung zugute, und Geld wurde von Konten der gefährdeten privaten Bankhäuser auf Sparkassen transferiert.

Allerdings musste auch die Oberamts Sparkasse Biberach auf dem Höhepunkt der Bankenkrise im Sommer 1931 in großen Zeitungsannoncen zur Besonnenheit aufrufen: Ein erheblicher Ansturm auf die Konten hatte eingesetzt, und viele Sparer sorgten sich um ihre Einlagen. In den Anzeigen wurde die vorübergehende Schließung der Schalter gerechtfertigt. Die Sorge vor einer Wiederkehr der Inflation sei unbegründet. Die Reichsbank sei unter allen Umständen in der Lage, die Währung zu halten. Die Sparer dürften die Schwierigkeiten nicht noch dadurch vergrößern, dass sie plötzlich ihre Einlagen zurückforderten.²⁰ Parallel dazu wurden in den frühen 1930er-Jahren häufig Anzeigen in Zeitungen publiziert, in denen nicht nur auf die Vorteile des Sparens hingewiesen wurde, sondern auch immer wieder betont wurde, dass das Geld auf dem Sparbuch sicher sei, dass es das Gemeinwohl fördere und der gesamten Volkswirtschaft zugute käme.²¹ Seit Anfang 1930 wurde ferner zentral vom Württembergischen Sparkassen- und Giroverband eine große Plakatreklameaktion auf den Bahnhöfen der Reichsbahn und der Lokalbahnen initiiert, um die breite Öffentlichkeit „in augenfälliger Weise immer und immer wieder auf das Sparen bei der örtlichen Sparkasse hinzuweisen“.²²

Die generellen ökonomischen Tendenzen, die sich bei allen württembergischen Sparkassen bemerkbar machten, spiegelten sich auch in den Zahlen der Spar-

kasse Biberach wider. Der Gesamtumsatz im Giroverkehr brach ein. Die Zahl der Einleger (1928 = 8715, 1933 = 14 682) stieg deutlich an, ebenso auch die Gesamtsumme der Guthaben (1929 = 6,6 Mill., 1933 = 9,6 Mill.). Gleichzeitig sank zwischen 1930 und 1931 die Zahl der Einlagen, die auf jährliche Kündigung unterhalten wurde, drastisch ab (1930 = 5,5 Mill., 1931 = 3,7 Mill.), um in den folgenden Jahren nur langsam wieder anzusteigen. Offenbar wollten in der Krise viele Menschen ihr Geld zwar anlegen, es gleichzeitig aber auch schnell verfügbar haben. Die Sparkasse kam diesem Wunsch durch ihre Zinspolitik weit entgegen. Für tägliche Spareinlagen bot sie bis zum Januar 1931 immerhin 5 %. Auf dem Höhepunkt der Zahlungskrise zwischen dem 1. Juli und dem 1. Oktober 1931 offerierte sie fast ruinöse 7 %, nur um zu verhindern, dass Guthaben abgezogen wurden. Kredite wurden durchschnittlich zu 9,5 % vergeben, doch war die Nachfrage gering. In den folgenden Monaten wurden die Zinsen wieder langsam gesenkt. 1933 offerierte die Sparkasse für täglich verfügbare Spareinlagen 3,5 % Zinsen, für jährliche Einlagen 5 % und für Giroeinlagen 1 %. Baudarlehen wurden zu 4,5 % gegeben. Die Leitung der Sparkasse betonte, dass sie mit diesen Zinsen an die Grenze des Möglichen gegangen sei.²³ Diese Einschätzung ist sicherlich korrekt, bedenkt man die allgemeinen Rahmenbedingungen, die durch die deflationären Entwicklungen vorgegeben wurden. Im Laufe des Jahres 1933 begannen sich die Verhältnisse auf dem Geldmarkt vordergründig langsam wieder zu normalisieren.

Die Deflation traf, anders als die vorhergehende Hyperinflation, nicht so sehr die Gläubiger, sondern die Schuldner, was vielen Kreditnehmern zunächst nicht bewusst war. Deshalb forderte die Oberamtsbank Laupheim Ende 1931 die Schuldner dringend auf, die geänderten Rahmenbedingungen zu bedenken. Ein Betrieb, der ein Darlehen von 10 000 Mark zu verzinsen und zu tilgen habe, müsse in Schwierigkeiten kommen, wenn der Umsatz, obwohl mengenmäßig gleichbleibend, im Geldwert zurückgehe. Zudem sinke der Wert der Sicherheiten. Deshalb sei eine Nachprüfung der Hypotheken unumgänglich. Im eigenen Interesse forderte die Sparkasse ihre Schuldner auf, „ungesäumt an die planmäßige Tilgung vorhandener Schulden zu gehen“. Wer glaube, nichts tilgen zu können, sei bereits bedenklich überschuldet. Die Sparkasse war bereit, ihren Schuldnern beratend weit entgegenzukommen und senkte den Zinsfuß un-

ter den Reichsbankdiskontsatz, obwohl dies die eigene Kapitalknappheit verschärfte.²⁴ Unter dem Druck der Krise verkündete der Reichspräsident am 8. Dezember 1931 ein zweijähriges Kündigungsverbot für Hypotheken, das die Sparkassen wiederum hart traf, weil sie selbst auf die Rückzahlung von Hypothekengeldern angewiesen waren.²⁵

Zugleich verhielt sich die Sparkasse Laupheim gegenüber ihren Angestellten loyal: Im März 1933 forderten stellenlose Kaufleute aus Laupheim, dass die weiblichen Angestellten der Sparkasse durch männliche Kaufleute zu ersetzen seien. Die Leitung der Sparkasse weigerte sich, diesem Verlangen nachzugeben und stellte sich schützend vor ihre Mitarbeiterinnen: Bei allen beschäftigten weiblichen Angestellten bestünde die Notwendigkeit zum Erwerb bzw. zur Bestreitung des Lebensunterhaltes von Angehörigen. Eine Entlassung werde keine Entlastung des Arbeitsmarktes zur Folge haben. Die ausgetübten Tätigkeiten seien ohnehin typisch weiblich und könnten von Männern nicht geleistet werden.²⁶

Die Zeit des Nationalsozialismus ist unter den Gesichtspunkten liberaler Handlungsoptionen der Finanzwirtschaft für den Historiker wenig interessant. Zwar wurde die kapitalistische Gesamtstruktur der Volkswirtschaft nicht angetastet, gleichzeitig aber in ein immer enger werdendes Korsett von Bestimmungen gepresst, das liberales ökonomisches Handeln zurückdrängte. Zudem beginnt sich seit einigen Jahren eine neue Sicht der sogenannten „Erfolge“ der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungspolitik vor dem Zweiten Weltkrieg durchzusetzen. Aus heutiger Perspektive wird deutlich, dass zu Beginn der 1930er-Jahre zahlreiche ökonomische Chancen verspielt wurden. Die nationalsozialistischen Interventionen in die Wirtschaft wirkten nur begrenzt stimulierend, weil die entscheidenden Weichenstellungen bereits vor der sogenannten „Macht-ergreifung“ vorgenommen worden waren. Die NS-Wirtschaftspolitik zerstörte wahrscheinlich sogar in den 1930er-Jahren Möglichkeiten eines sich selbst tragenden Aufschwungs, von dem die deutsche Wirtschaft – kontrafaktisch betrachtet – mittelfristig weit mehr profitiert hätte als von der beginnenden Rüstungskonjunktur. Man kann sogar von einem verpassten Wirtschaftswunder sprechen.²⁷ Zudem hätten sich bei einer Abkehr vom weltweiten Protektionismus Möglichkeiten für einen ökonomischen Aufschwung in allen europäischen Industriestaaten ergeben. Aller-

dings wurde diese Alternative auf der politischen Ebene verspielt, lange bevor sie Eingang in die Debatten fand.

4. Das „Wirtschaftswunder“ im Oberland

Das sogenannte Wirtschaftswunder nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist häufig in der Erinnerung der Zeitgenossen verklärt und mystifiziert worden. Es handelte sich aber nicht um ein Mirakel, sondern war Resultat harter Arbeit und besonderer Umstände. Beispielsweise war zwar die deutsche Infrastruktur weitgehend zerstört, der Kapitalstock der Industrie lag aber etwa ein Fünftel höher als vor dem Krieg. Gebäude waren zerstört, Maschinen aber häufig intakt und billige Arbeitskräfte standen unbegrenzt zur Verfügung. Noch 1953 gab es wegen der vielen Flüchtlinge aus den Ostgebieten 570 Arbeitslose im Kreis Biberach.²⁸ Die Region blieb zunächst eindeutig agrarisch geprägt. Der Kreis Biberach, flächenmäßig der größte Kreis des neuen Landes Württemberg-Hohenzollern, das 1952 im neuen Bundesland Baden-Württemberg aufging, lieferte etwa ein Viertel des Nahrungsmittelbedarfes für das Land. Die direkten Kriegsschäden, die die Sparkasse in Biberach getroffen hatten, waren relativ gering: Ein Fliegerangriff am 12. April 1945 verursachte geschätzte Schäden von etwa 35 000 RM, hinzu kamen kleine Schäden durch Plünderungen und Verluste von Sendungen in den letzten Kriegstagen. Zum Vergleich: Diejenigen Zahlungsausfälle, die durch Ausfall von Auszahlungen auf fremde Kassen und durch die Stornierung von Scheckgutschriften zustande kamen, beliefen sich auf fast 300 000 RM.²⁹

Ende April 1945 ordnete die Militärregierung an, dass die Arbeit in den Banken ab dem 3. Mai wieder aufzunehmen sei.³⁰ Seit dem Herbst 1945 wurde die Finanzaufsicht von der französischen Besatzungsmacht übernommen. Die praktischen Folgen für die Sparkasse Biberach scheinen gering gewesen zu sein: Zwar wurden zahlreiche Vorgänge von den Franzosen reguliert, aber sie ließen den Sparkassen weitgehend freie Hand, wenn es um die technische Gestaltung und Abwicklung ihrer Bestimmungen ging. Konten wurden gesperrt, wenn sie ehemaligen Mitgliedern der SS, der SA, Offizieren des Reichsarbeitsdienstes und Funktionären des untergegangenen NS-Regimes gehörten. Fördernde Mitglieder der SS durften aber bereits ab dem Dezember 1945 einen Freigabeantrag

stellen. Die Sparkasse hatte monatliche Meldungen über ihre jeweiligen Geldbewegungen und vor allem über ihre blockierten Konten an die Militärregierung zu erstatten. Lediglich denjenigen Sparkassen, die Meldungen schuldhaft versäumten, wurden Repressalien angedroht. Kleine Abhebungen von gesperrten Konten blieben genehmigungsfrei. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die ohnehin nicht besonders scharfen Bestimmungen in der Praxis locker gehandhabt wurden. Die zahlreichen Regeln zeigen aber auch, dass der Zahlungsverkehr zwischen den Zonen bürokratisch und langwierig verlief.³¹ Die Entnazifizierung in der französischen Zone scheint hingegen keine größeren Schwierigkeiten aufgeworfen zu haben. Ein Sparkassendirektor, der 1948 als minderbelastet eingestuft wurde und eine Bewährungsfrist von zwei Jahren erhielt, wurde sofort wieder als Angestellter eingestellt.³² Die Sparkasse wurde von der Besatzungsmacht für die organisatorischen Fragen des Alltagslebens herangezogen: 1945/46 musste sie die Treibstoffmarken für den Kreis und die amerikanischen Care-Pakete ausgeben.³³

Zwischen 1945 und der Währungsreform von 1948 wurden keine Zinsen für Einlagen vergütet. Erhebliche Probleme entstanden aus dem Stocken des Zahlungsverkehrs: Schecks, die auf Berlin oder auf die Ostzone eingezogen werden sollten, konnten ab 1948 nur noch selten eingelöst werden, so dass der Kundenschaft Verluste entstanden.³⁴ Die Währungsreform kam 1948 überraschend, und die Fristen zur Umstellung wurden sehr kurz gesetzt, so dass wegen der permanenten Überarbeitung der Belegschaft die Schalter nachmittags zeitweise geschlossen werden mussten.³⁵ In Säcken, Beuteln und Wäschekörben trugen die Menschen das Geld zur Kasse, wo es gezählt, gebündelt und weiter geleitet wurde. Monatelang war die Sparkasse mit technischen Problemen befasst, die sich aus dem Schnitt ergaben, auch weil Ausführungsgesetze zu Detailproblemen erst nach und nach erlassen wurden. Noch im Oktober 1949 klagte die Leitung der Sparkasse, dass sich die wenig produktiven Geschäfte häufen würden, die aus der Soforthilfe für Währungsgeschädigte, dem Wertpapierbereinigungsgesetz und dem Lastenausgleich entstanden. Die Flut von Rundschreiben, Weisungen und Verordnungen könne kaum noch bewältigt werden.³⁶ Später erklärte sich die Sparkasse bereit, einige Aufbaudarlehen für Anspruchsberechtigte aus dem Lastenausgleich treuhänderisch zu verwalten.³⁷ Dadurch sollte der Kund-

schaft die inzwischen erworbene Sachkunde zur Verfügung gestellt werden.

Zu Beginn der 1950er-Jahre tauchen in den Quellen immer wieder Hinweise auf die große Arbeitsbelastung auf. Die Erkrankung bereits einiger Angestellter führte zu erheblichen Problemen, die nur durch Mehrbelastungen und durch die Einstellung von Ersatzkräften an den verschiedenen Zweigstellen überbrückt werden konnten. Gelobt wurde der pflichtbewusste Einsatz aller Angestellten, durch den schwierige Situationen gemeistert wurden.³⁸ Vor allem die DM-Eröffnungsbilanz verursachte erneut beträchtliche Mehrarbeit, weil die Auflösung der stillen Reserven, Wertberichtigungen, Rückstellungen und die Neubildung von Rückstellungen notwendig waren.³⁹ Hinzu kam die organisatorisch aufwändige Verwaltung von Depots und von Ansprüchen der Kundschaft: Beispielsweise wurden die Ansprüche auf die Aktien der aufgelösten I. G. Farben, die vor 1945 im Kreis Biberach platziert worden waren, von der Sparkasse betreut, auch wenn die Besitzer inzwischen fortgezogen waren und teilweise im Ausland lebten.⁴⁰ Die Sparkassenleitung zeigte sich in Anerkennung der besonderen Inanspruchnahme der Angestellten bereit, 1950 eine zusätzliche freiwillige Weihnachtsgratifikation zu zahlen.⁴¹

Gleichzeitig achtete die Leitung sehr darauf, dass das eigene Personal integer war. Einem Angestellten wurden 1952 „ernsteste Vorhaltungen“ gemacht. Seine private Verschuldung sei nicht auf eine wirtschaftliche Notlage, sondern „auf eine dem Einkommen nicht entsprechende Haushalts- und Lebensführung zurückzuführen“. Der Verwaltungsrat missbilligte dies aufs Schärfste. Der Angestellte setze nicht nur sein Ansehen, sondern auch das der Sparkasse aufs Spiel. Sollte er innerhalb eines halben Jahres seine Verschuldung nicht ins Reine gebracht haben, wurden ihm ernsthafte Konsequenzen angedroht.⁴²

Die Währungsreform wird – von heute aus gesehen – als Erfolgsgeschichte und als Voraussetzung für das rapide Wachstum der bundesdeutschen Wirtschaft in den 1950er-Jahren gesehen. Dennoch war der Schnitt mit Härten für Sparer verbunden, die nur auf die absolute Höhe ihrer verlorenen Spargelder schauten und kaum zur Kenntnis nahmen, dass diese ohnehin längst wertlos geworden waren. Die Spareinlagen reduzierten sich von 117 Mill. RM auf 5,4 Mill. DM. Da Reichsschatzanweisungen und Bankguthaben einfach gestrichen wurden, mussten staatliche

Ausgleichsforderungen gegen das Land in Höhe von 6,7 Mill. DM für einen Bilanzausgleich sorgen. Dadurch wurde im Sommer 1951 die ohnehin angespannte Lage der Sparkasse verschärft. Die Ausgleichsforderungen umfassten 47 % der Gesamteinlagen, wurden aber nur mit 3 % verzinst. Die Sparkasse drängte zunächst vergeblich auf einen baldigen Amortisationsbeginn, um wenigstens eine bescheidene Verflüssigung dieses eingefrorenen Postens zu erreichen.⁴³

Zudem hoben Sparer Guthaben ab, weil nach der Währungsreform zum ersten Mal Waren in großem Stil erworben werden konnten. 1950 verzeichnete die Bilanz einen kleinen Verlust: Der Koreakrieg führte erneut zu Kriegsfurcht auch in Europa, und viele Sparer wollten Waren kaufen, da sie eine erneute Bewirtschaftung befürchteten. Heute ist bekannt, dass diese Koreakrise mit dem sogenannten „Koreaboom“ mittelfristig eine positive Wirkung für die Wirtschaft der Bundesrepublik hatte, weil der Konsumsektor kräftig stimuliert wurde und eine erhöhte Nachfrage nach Waren aller Art entstand. Dies war für die damaligen Zeitgenossen jedoch so zunächst nicht erkennbar, und der „Run“ auf Waren aller Art verursachte in der Finanzwirtschaft erhebliche Probleme. Die Sparkasse hatte mit dem Problem zu kämpfen, dass die Mentalität des „Sparens“ in der Bevölkerung verloren gegangen war.

1950 klagte die Leitung der Sparkasse Biberach mehrfach darüber, dass Kontoüberziehungen in einem noch nie zuvor festgestellten Ausmaß in Anspruch genommen würden. Die Sparkasse könne dies kaum verhindern, wenn sie im Wettbewerb mit anderen Kreditinstituten bestehen wolle. Es ließe sich nicht vermeiden, dass aus den anscheinend vorübergehenden Überziehungen schließlich Dauerkredite würden, wobei es nachträglich oft schwer fallen werde, Sicherheiten beizubringen.⁴⁴ Das Grundproblem der ländlichen Wirtschaft seit der Währungsreform bestand darin, dass sie wegen der allgemeinen Kapitalknappheit kurzfristige Mittel aufnahm, um diese langfristig zu investieren. Der Verwaltungsrat der Sparkasse riet der Kundschaft nicht nur zur Vorsicht, sondern auch zur Umschuldung.⁴⁵ Nach dem Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 überstiegen mehrere Monate lang im Sparverkehr die Auszahlungen die Einzahlungen erheblich.⁴⁶

Die Folge bestand bei der Sparkasse in einer angespannten Liquiditätslage, die noch Anfang 1951 fort-

bestand, weil fortwährend Guthaben abgehoben wurden. Zum Schaden der regionalen Wirtschaft musste die Sparkasse deshalb dazu übergehen, äußerste Zurückhaltung zu üben. Vorübergehend konnten überhaupt keine Hypothekenkredite gewährt werden. Direktor Kniehl wies intern darauf hin, dass keine Möglichkeit bestünde, auf die Kundschaft einzuwirken, weil sonst das Misstrauen noch bestärkt werde. Außerdem gingen täglich etwa 30 bis 35 ungedeckte Schecks ein, die der Leitung eine beträchtliche Arbeitsbelastung und eine erhebliche Verantwortung aufbürdeten.⁴⁷ Im Frühjahr 1951 erreichten die Abgänge von den Konten Ausmaße, die die Sparkasse als „nahezu katastrophal [...]“ empfand. Während sich in Norddeutschland die Lage bereits wieder leicht zu normalisieren begann, galt dies nicht für die Linie südlich des Mains. „Offenbar reagiert die Bevölkerung Süddeutschlands, insbesondere aber Württembergs, viel stärker auf politische Ereignisse.“ Die Landwirte investierten unter dem Eindruck der Koreakrise alles verfügbare Geld in den Ausbau ihrer Maschinenparks, auch wenn diese sich langfristig gerade bei Kleinbetrieben kaum rentieren konnten.⁴⁸

Seit 1949 versuchte die Sparkasse mit zunächst bescheidenen Erfolgen mit Hilfe der Lehrer wenigstens das Schulsparen wieder in Gang zu bringen. Fast alle Lehrer stünden der Idee aufgeschlossen gegenüber. Auf diese Weise könne die heranwachsende Jugend zum Sparen erzogen und ihr die weitgehend verlorene Achtung vor dem Geld wieder beigebracht werden.⁴⁹ Diese Praxis war bereits in der Weimarer Republik geübt worden, und selbst 1932, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, hatten 46 verdiente Schüler der Gewerbeschule Biberach kleine Geldsummen auf einem neuen Sparbuch erhalten.⁵⁰

Tabelle 3: Einlagen der Sparkasse (in Mill.):⁵¹

Jahr	Sicht	Termin	Spar	Verbindl. gesamt
1945 (RM)	20,92	1,95	94,67	117,55
1948 (RM)	32,39	?	117,68	150,07
1948 (DM)	1,19	0,08	6,27	7,54
1949	4,55	0,64	5,45	10,60
1950	5,42	0,53	6,53	12,49
1951	6,09	1,12	6,88	14,10
1952	7,07	2,14	9,55	18,76
1953	7,54	1,07	13,99	22,61
1954	7,87	1,34	21,36	30,55
1955	9,16	1,09	25,37	35,99

Erst ab dem Mai 1951 wurden im Spargeschäft wieder bescheidene Zugänge vermerkt. Der Verband der Sparkassen versuchte eine neue Werbestrategie unter dem Motto „Zum Kunden gehen“. In Biberach versprach man sich davon nicht den gewünschten Erfolg. „Bei der Mentalität unserer Bevölkerung wäre einem derartigen Beginnen zweifelsohne der Erfolg versagt.“ Modern gesprochen: Die Bevölkerung verhielt sich viel zu rational, als dass sie mit Worthülsen der Werbung hätte gewonnen werden können. Stattdessen müssten konkrete materielle Anreize geboten werden: Eine geschicktere Art des Anreizes zum Sparen seien die Prämienschatzanweisungen des Bundesfinanzministers, deren Verkauf im Juni beginnen sollte. Zudem wurde durch die rigorosen Beschränkungen im Kreditgeschäft eine leichte Entspannung herbeigeführt. Auch auf die Gefahr hin, dass sich die Sparkasse wenig beliebt machte, wurde darauf gedrängt, auf die Rückzahlung offener Kredite zu bestehen und gegen Überziehungen vorzugehen. Die Zeit leichtfertigen Geldausgebens sei vorbei. In den folgenden Monaten befasste sich der Verwaltungsrat häufig mit einzelnen Firmen, die ihre Kreditlinien überschritten und die deshalb zur Ordnung gerufen wurden. Insgesamt ist aber ein deutliches Bemühen erkennbar, auch mit denjenigen Unternehmen, die sich nicht an die Vorgaben der Sparkasse gehalten hatten, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Beispielsweise wurden staatliche Fördergelder, deren Existenz den Firmen häufig nicht bekannt war, wo immer möglich zur Stützung herangezogen.⁵² Die Sparkasse betätigte sich hier als aktiver Finanzberater.

Die Sparkasse trug durch kleine Kredite an mittelständische und vor allem kleine Unternehmen erheblich dazu bei, den regionalen Warenaustausch wieder

in Gang zu bringen. Monatlich wurden zahlreichen kleinen Unternehmen wie z. B. Gärtnereien, Händlern, Schreibern, Mühlenbetreibern, Autowerkstätten, Verarbeitern landwirtschaftlicher Produkte, Bauunternehmern und Handwerksbetrieben Obligokredite zum Ankauf von Warenwechsellern entweder neu gewährt oder die Kreditlinie erhöht.⁵³ Allerdings stellten die hohen Obligokredite intern auch einen Anlass zur Sorge dar: Täglich sei zu beobachten, dass Antragsteller die Neigung hätten, ihre Kreditgesuche mit unrichtigen Angaben zu begründen. Dies zwinge zuweilen auch zur Härte. Seit dem Sommer 1950 nahm die Zahl der Wechselproteste, die zuvor selten waren, deutlich zu.⁵⁴ In zwei Fällen wurde es notwendig, die Verbindungen zu kleinen Geschäftsleuten zu lösen.

Nur einige wenige Beispiele unterstreichen die Bedeutung der Obligokredite: Im März 1952 wurden dreizehn Unternehmern 85 000 Mark neu eingeräumt, im April 1952 dreizehn Unternehmern 68 500; im November 1952 wurde die Kreditlinie für 27 Unternehmer um 379 000 DM erhöht und im Dezember 1952 erhielten acht Kleinunternehmen 39 000 Mark neu. Im April 1953 waren es 17 Unternehmer mit einer Gesamthöhe von knapp 110 000 Mark und im Juni 1953 neun Unternehmer mit insgesamt 39 000 Mark. Die Nachfrage nach dieser Kreditform blieb kontinuierlich hoch.⁵⁵

Als ebenso schwierig stellte sich die Förderung der Bauwirtschaft und des Wohnungsbaus dar, der nach dem Krieg eine Schlüsselrolle zukam. Schon 1950 stellte die Sparkasse fest, dass sie sich weit über die ursprünglich vorgesehenen Kontingente im Wohnungsbau engagiert habe. Deshalb habe sie bei der Landeszentralbank den Ankauf von 300 000 Mark Ausgleichsforderungen beantragt.⁵⁶ Für die Sparkasse stellten die staatlichen Programme, mit denen Wohnungen für Flüchtlinge aus den Ostgebieten finanziert wurden, dennoch eine erhebliche zusätzliche Belastung dar, weil Hypothekenkredite langfristig gewährt werden mussten, während 1953 weiterhin eine erhebliche Nachfrage nach kurzfristigen Mitteln bestand.⁵⁷ Bis zum Oktober 1952 hatte die Sparkasse trotz der nachteiligen Auswirkung auf die Rentabilität 1,8 Mill. DM aus eigenen und 500 000 Mark aus fremden Mitteln für Hypothekenkredite gewährt, sah aber keine Möglichkeit, der Stadt Biberach auch noch zusätzliche zinslose Kredite für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.⁵⁸ 1955, nachdem sich die Lage insgesamt entspannt hatte, konnte die Sparkasse

dann stolz darauf verweisen, dass sie seit der Währungsreform an Hypotheken und Zwischenkrediten etwa 8 Millionen Mark bereit gestellt und dadurch den Bau von fast 2000 Wohnungen gefördert habe.⁵⁹

Erst seit dem Spätherbst 1951 zeichnete sich eine leichte Entspannung bei der Liquidität ab, und im Spargeschäft begannen die Einzahlungen die Auszahlungen wieder leicht zu überschreiten. 1953 waren die schwierigen Nachkriegsjahre zumindest aus der Perspektive der Sparkasse überwunden. Es blieb das Problem der zahlreichen „wilden“ Kontoüberziehungen und der vielen ungedeckten Schecks. Die Einlagenentwicklung stellte sich „erfreulich“ dar.⁶⁰ Im Januar wurde die 10-Millionen-Grenze im Sparverkehr erstmals wieder überschritten, obwohl die Gesamtumsätze stark schwankten. Die Sparkasse sah sich selbst als „sehr liquid“, so dass bevorstehende Anforderungen für Kommunaldarlehen und Hypotheken für den Wohnungsbau ohne Schwierigkeiten aufgegriffen werden könnten, ebenso alle wirtschaftlich vertretbaren Kredit- und Darlehensanträge. Der Reingewinn von 165 000 DM nach Steuern sollte zur Stärkung des Eigenkapitals dienen. Die folgenden Monate des Jahres 1953 brachten eine steile Aufwärtsentwicklung.⁶¹ Einige Zahlen demonstrieren die Entwicklung der Sparkasse in der Zeit des beginnenden Wirtschaftswunders (Tabelle 3).

1952 betrieb die Kreissparkasse neben der Hauptstelle in Biberach fünf Hauptzweigstellen, eine hauptamtlich besetzte Nebenzweigstelle in Rot a. d. Rot und 47 nebenamtlich besetzte Nebenzweigstellen, von denen allerdings nur etwa die Hälfte einen nennenswerten Verkehr aufzuweisen hatten. Die Sparkasse beschäftigte vier Beamte, 28 männliche und 14 weibliche Angestellte und vier Lehrlinge.⁶² Hier zeigte sich der unmittelbare Vorteil eines am Gemeinwohl orientierten Finanzinstitutes: Eine allein an betriebswirtschaftlicher Rationalität orientierte Bank hätte sicherlich viele dieser unproduktiven Nebenzweigstellen schnell geschlossen, um Verwaltungskosten zu sparen. Damit wäre der Zugang der Bevölkerung zur Kasse aber erschwert worden.

Anlässlich des Weltspartages von 1953 trafen in der „Schwäbischen Zeitung“ Leserbriefe ein, die Sparbücher als „Bauernfängerei“ bezeichneten: Das Geld werde „ja doch wieder zum Teufel“ gehen. Werbung sei damit gemacht worden, dass Sparbücher ein Garantieschein für ein sorgenfreies Alter wären, doch

fürten die meisten dieser Menschen heute ein elendes Dasein. Vater Staat habe schon zweimal innerhalb einer Generation die mühsam erworbenen Garantiescheine „einfach wegstibitzt“. Die Sparkasse setzte sich mit dieser Kritik betont nüchtern in der Presse auseinander und beschönigte keineswegs die schwierige Lage der sogenannten „Altsparer“, wies jedoch darauf hin, dass Sparen prinzipiell richtig sei. Man höre ja auch nicht damit auf, Kinder in die Welt zu setzen, obwohl diese zu Millionen in den letzten Kriegen gefallen seien, und ein neuer Krieg leider nicht mit hundertprozentiger Sicherheit zu vermeiden sei. Allem menschlichen Sicherheitsbedürfnis hafte nun einmal die Unsicherheit des Risikos an.⁶³ Ferner verwies ein Artikel zum Weltspartag darauf, dass der Pfennig stärker als das Schwert sei: Die D-Mark sei mit die härteste Währung. Für dieses „Wunder“ sei unermüdlische, harte Arbeit und eisernes Sparen verantwortlich. Selbst der Sparsinn der Ärmsten der Armen helfe mit, den wirtschaftlichen Aufschwung solide zu fundieren. Diese Einschätzung war, wie die späteren Jahre zeigen sollten, korrekt.

Ausblick: Der Verwaltungsrat der Sparkasse war in den vorangehenden Jahren so mit der Überwindung der alltäglichen Schwierigkeiten befasst gewesen, dass kaum Zeit zum Atemholen, geschweige denn für einen Rückblick geblieben war. Im Juni 1953 stellte er selbst überrascht fest, dass das Gesamtergebnis der Nachkriegsjahre deutlich positiv sei, berücksichtige man die Probleme. Der Geschäftsbericht der Volksbank für 1948 bis 1952, die unmittelbares Konkurrenzinstitut war, habe „angenehm überrascht“: Rentabilität, Liquidität, Wechselbestand und Kreditstruktur der Kreissparkasse sei wesentlich besser. Dies sei ein Beweis für das Vertrauen, „das ein Großteil der Kreisbevölkerung in ihre Kreissparkasse setzt“.⁶⁴

Quellen und Literatur

Archiv der Kreissparkasse Biberach.
 Christoph Buchheim, Zur Natur des Wirtschaftsaufschwungs in der NS-Zeit, in: ders. (Hg.), Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge. Knut Borchardt zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 1994, S. 97–119.
 Die Oberamts-Sparkasse Biberach. Eine Festschrift aus Anlass der Einweihung des neuen Verwaltungsgebäudes am 21. September 1901, Biberach 1901.
 Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum der Kreissparkasse Biberach an der Riß, 1853 bis 1953, Biberach 1953.

Carl-Ludwig Holtfrenich, Die deutsche Inflation 1914 bis 1923, Berlin 1980.

Erich Maria Remarque, Der schwarze Obelisk. Geschichte einer verspäteten Jugend, Köln 1956.

Josef Wysocki, Geschichte der württembergischen Sparkassenorganisation, Stuttgart 1997.

Anmerkungen

- 1 Nach den Angaben in Kreissparkasse Biberach (KSK BC) – Archiv, C–1–124.
- 2 Vgl. die Darstellung bei Erich Neumann, Die deutschen Sparkassen, Untersuchungsausschuss für das Bankwesen 1933, Referat I/6, in: KSK BC – Archiv, J 1–1.
- 3 Vgl. Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum der Kreissparkasse Biberach an der Riß, 1853 bis 1953, Biberach 1953, S. 18.
- 4 Vgl. KSK BC – Archiv, Beschluss der Amtsversammlung vom 14. Juli 1914.
- 5 Vgl. Erich Maria Remarque, Der schwarze Obelisk. Geschichte einer verspäteten Jugend, Köln 1956, S. 63.
- 6 Vgl. KSK BC – Archiv, 6–11–2, Zum Jubiläum der Kreissparkasse.
- 7 Vgl. Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum der Kreissparkasse Biberach, S. 22.
- 8 Vgl. KSK BC – Archiv, A 7–2, Protokoll der Amtsversammlung vom 24. September 1924.
- 9 Vgl. KSK BC – Archiv, die Angaben in C–1–124.
- 10 Vgl. die komplexe Argumentation in: Carl-Ludwig Holtfrenich, Die deutsche Inflation 1914 bis 1923, Berlin 1980.
- 11 Vgl. KSK BC – Archiv, A 7–1, Auszug aus dem Protokoll des Bezirksrates vom 26. November 1921.
- 12 Vgl. Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum der Kreissparkasse Biberach, S. 18.
- 13 Vgl. Geschäftsbericht für das Jahr 1933 mit Denkschrift zum 80-jährigen Bestehen.
- 14 Vgl. KSK BC – Archiv, C–16/1, Auszug aus dem Protokoll des Bezirksrates vom 27. Januar 1927.
- 15 Vgl. KSK BC – Archiv, C–1–124, Geschäftsbericht von 1929, Allgemeines.
- 16 Vgl. KSK BC – Archiv, A 21–10 II, 24. August 1929, Oberamts-Sparkasse Laupheim an Bezirksrat Laupheim; Auszug aus Protokoll des Bezirksrates vom 18. Juni 1929; Auszug aus Protokoll des Bezirksrats vom 23. Juni 1932.
- 17 Vgl. KSK BC – Archiv, C–1–124, Geschäftsbericht von 1929, Allgemeines.
- 18 Vgl. Geschäftsbericht für das Jahr 1933 mit Denkschrift zum 80-jährigen Bestehen.
- 19 Vgl. Josef Wysocki, Geschichte der württembergischen Sparkassenorganisation, Stuttgart 1997, Tabelle A 15 und A 16.
- 20 Vgl. KSK BC – Archiv, C 17–1, Anzeige der Oberamts-Sparkasse Biberach, „Mahnung zur Besonnenheit“ vom 14. Juni 1931.
- 21 Vgl. die Zusammenstellung von Pressemeldungen in: Archiv, Ordner, Sparkasse, Herr Holtzberger.
- 22 Vgl. die Quellen in KSK BC – Archiv, A 21–4/VII.
- 23 Vgl. die Zusammenstellung von Zahlen nach dem Geschäftsbericht für das Jahr 1933 mit Denkschrift zum 80-jährigen Bestehen.

- 24 Vgl. undatierte Rundschreiben der Oberamtsparkasse Laupheim, in: KSK BC – Archiv, C 17–1.
- 25 Vgl. KSK BC – Archiv, C 17–1, 2. Februar 1932, Württembergischer Sparkassen- und Giroverband an die Verbandssparkassen.
- 26 Vgl. KSK BC – Archiv, A 21–10 IV, Sitzung vom 17. März 1933.
- 27 Vgl. Christoph Buchheim, Zur Natur des Wirtschaftsaufschwungs in der NS-Zeit, in: ders. (Hg.), Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge. Knut Borchardt zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 1994, S. 97–119.
- 28 Vgl. Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum der Kreissparkasse Biberach an der Riß, 1853 bis 1953.
- 29 Vgl. Auszug aus Protokoll des Verwaltungsrates vom 15. Dezember 1947.
- 30 Vgl. Anordnung der Militärregierung, gez. von Bürgermeister Hammer, vom 29. April 1945, in: Ordner Sparkasse, Holzberger.
- 31 Vgl. die Akten in KSK BC – Archiv, D–2–8.
- 32 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–7, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 8. September 1948.
- 33 Vgl. KSK BC – Archiv, VR-Protokolle 40–47, Jahresabschlussbilanz mit Geschäftsbericht für 1946.
- 34 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–7, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 24. März 1948.
- 35 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–7, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 16. Juli 1948.
- 36 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–7, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 22. November 1948 und 8. Oktober 1949.
- 37 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 25. Juni 1953.
- 38 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszug aus dem Protokoll des Verwaltungsrates vom 28. Januar 1953.
- 39 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–7, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 4. Dezember 1950.
- 40 Vgl. KSK BC – Archiv, D 9–22.
- 41 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–7, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 4. Dezember 1950.
- 42 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 10. April 1952.
- 43 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 14. Juli 1951 und 4. März 1952.
- 44 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–7, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 5. Januar 1950 und 8. März 1950.
- 45 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–7, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 30. Mai 1950.
- 46 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 22. Januar 1951.
- 47 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 22. Januar 1951 und vom 12. Februar 1951.
- 48 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszug aus dem Protokoll des VR 1951 (Kopie nicht leserlich) und vom 22. Januar 1951.
- 49 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–7, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 17. November 1949.
- 50 Vgl. KSK BC – Archiv, A 16–6, 20. März 1932, Württembergische Bauhandwerkerschule Biberach an die Oberamtsparkasse.
- 51 Vgl. die Zusammenstellung von Zahlen in: KSK BC – Archiv, Ordner Holzberger, Kopien Archiv Hauptstelle.
- 52 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszüge aus dem Protokoll des VR vom 9. Juni 1951.
- 53 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszug aus dem Protokoll des Verwaltungsrates vom 4. März 1952; 10. April 1952; 8. November 1952; 16. Dezember 1952; 21. April 1953 und 25. Juni 1953.
- 54 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–7, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 8. März 1950 und 30. Mai 1950.
- 55 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszug aus dem Protokoll des Verwaltungsrates vom 4. März 1952; 10. April 1952; 8. November 1952; 16. Dezember 1952, 21. April 1953 und 25. Juni 1953.
- 56 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–7, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 21. August 1950.
- 57 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 18. Mai 1953.
- 58 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 6. November 1952.
- 59 Vgl. Artikel der Schwäbischen Zeitung vom 26. Oktober 1955, „Wohin fließen die Einlagen der Kreissparkasse“.
- 60 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 15. Dezember 1952; zu den Kontoüberziehungen vgl. auch ebenda, 24. Juni 1952.
- 61 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszug aus dem Protokoll des Verwaltungsrates vom 9. März 1953; vom 21. April 1953 und vom 18. Mai 1953.
- 62 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 4. März 1952.
- 63 Vgl. Schwäbische Zeitung vom 30. Oktober 1953.
- 64 Vgl. KSK BC – Archiv, A 17–8, Auszug aus dem Protokoll des VR vom 25. Juni 1953.